



**Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Berlin-Brandenburg**

**Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V.**

Gemeinsame Erklärung:

**Integration in Beschäftigung mit Qualifizierung
statt 1-€-Jobs
für arbeitslose Jugendliche
unter 25 Jahre**

Der DGB und die UVB sprechen sich gegen 1-€-Jobs (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) für arbeitslose Jugendliche aus. Arbeitslose Jugendliche dürfen nicht in 1-€-Jobs geparkt werden. 1-€-Jobs führen mit hoher Wahrscheinlichkeit nach Ende der Maßnahme zu erneuter Arbeitslosigkeit, weil die Tätigkeiten in 1-€-Jobs zusätzlich sein müssen. Sie dürfen gerade nicht in Einsatzfeldern ausgeübt werden, in denen die reguläre Besetzung offener oder neu entstehender Stellen behindert werden könnte.

In Berlin-Brandenburg waren Ende März 2005 insgesamt 74.100 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos (Berlin: 39.365, Brandenburg; 34.735). Von diesen Jugendlichen haben 36.390 oder 49% keine Berufsausbildung (Berlin: 24.833 oder 63%, Brandenburg; 11.557 oder 33%).

An Stelle von 1-€-Jobs müssen für die arbeitslosen Jugendlichen alle Möglichkeiten der Integration in oder Heranführung an reguläre Beschäftigung genutzt werden. Oberstes arbeitsmarktpolitisches Ziel für Jugendliche muß Qualifizierung und Ausbildung sein. Dafür können u. a. arbeitsmarktpolitische Instrumente eingesetzt werden, die Jugendliche gezielt bei der Vermittlung in Beschäftigung unterstützen und die Qualifizierung mit Beschäftigung in Betrieben kombinieren. Arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluß können bei dem Nachholen eines Berufsabschlusses gefördert werden.

Eine sorgfältigen Analyse der Zielgruppe ist Voraussetzung für die Entscheidung, welches Instrument für welchen Jugendlichen geeignet ist.

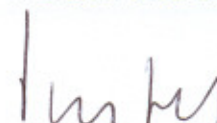
Für Jugendliche, die über keinen Abschluß der allgemeinbildenden Schule verfügen, können Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nur dann angewendet werden, wenn diese Maßnahmen in der Qualifizierungsphase die Nachholung des Schulabschlusses ermöglichen. Hierfür bietet in Berlin die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen eine eigenständige Förderung an.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V.



(Scholz)



(Teufel)